oder im Trunkenheitszustande begangen wurde. — Abg. Müller-Meiningen (freis. Volksp.) beantragt, diese Bestimmung durch eine andere zu ersetzen, wonach der Anspruch wegfällt, wenn der Angeschuldigte versucht hatte, jemand zu einer falschen Aussage oder dazu zu verleiten, sich der Zeugnispflicht zu entziehen. — Abg. Frohme (soz.) beantragt außerdem einen Zusatz dahin, daß auch das Bestreiten wahrer, dem Angeschuldigten bekannter Tatsachen seinen Anspruch nicht aufheben soll. — Die Anträge werden abgelehnt, § 2 in der Kommissionsfassung angenommen. Zu § 3 beantragen Freisinnige und Sozialdemokraten den Zusatz, daß auch wegen des Schadens, der nicht Vermögensschaden sei, der Verhaftete eine billige Entschädigung beanspruchen könne. — Abg. Müller-Meiningen (freis. Volkspartei) empfiehlt den Antrag. — Staatssekretär Nieberding glaubt nicht, daß der Bundesrat eine solche Bestimmung, die zu kautschukartig sei, akzeptieren würde. Auch prozessuale Gründe sprächen dagegen. Der beantragte Zusatz wird abgelehnt, und § 3 unverändert angenommen. — Zu § 4 wird nach kurzer Debatte ein Antrag Müller angenommen, demzufolge der Entschädigungsbeschluß des Gerichts dem Unterhaltsberechtigten des Verhafteten durch Zustellung besonders bekannt zu machen ist. Zu § 6 wird ferner ein Antrag angenommen, der die Anmeldungsfrist für Geltendmachung des Entschädigungsanspruchs von drei auf sechs Monate ausdehnt. Der Rest des Gesetzes wird unverändert angenommen. Schluß nach 6¼ Uhr. — Morgen 1 Uhr: Resolution Gröber, betr. Aenderung des Militärstrafgesetzbuchs; Petitionen.

Berlin. (Priv.-Tel.) Das Abgeordnetenhaus setzte die erste Beratung der Kanalvorlage fort. — Abg. Engelbrecht (freikons.) äußert die allergrößten Bedenken gegen den Dortmund-Ems-Kanal. Er fürchtet, daß die Speisung nicht hinreiche und daß bedeutende Bodensenkungen eintreten werden; vor allem aber befürchtet er eine Bevorzugung der holländischen Häfen, die eintreten müsse, wenn die Weser nicht kanalisiert werde. Da sei es besser, auf den alten Plan zurückzugreifen und den Dortmund-Ems-Kanal über Oldenburg und Stade bis zur Elbe fortzusetzen, so daß die Unterweser und Elbe mit dem Industrierevier in direkter Verbindung stände. — Abg. Meyer (natl.) tritt dagegen für die vorgeschlagene Kanallinie ein. — Abg. von Bodelschwingh (d. k. Fr.): Ich bin in den parlamentarischen Künsten nicht erfahren. Als ich am 12. Januar hierher kam, erfuhr ich zu meinem größten Erstaunen, daß ich ein Wilder sei. (Heiterkeit.) Ich hatte noch gar nicht gewußt, daß solche Menschen hier leben; da ich es nun aber einmal bin, so müssen Sie mir schon einmal verzeihen, wenn wilde Wasser übersprudeln. Redner ist ganz erstaunt über die Rücksicht, die man auf jede Provinz nehmen müsse, wenn man etwas Gutes tun wolle. Die alten Deutschen freuten sich, wenn einer ein Geschenk bekam, und wollten nicht gleich alle eins haben. Er sei mit großer Freudigkeit für die Kanalvorlage (stürmisches Bravo! links), da sie große Dienste leisten könne. Um unser wirtschaftliches Leben auf eine feste Grundlage zu stellen, müsse für einen Schutz der Kanalarbeiter gegen gewisse Unternehmer gesorgt werden. Man habe gesagt: Ohne Schnaps kann man keine Kanäle bauen! Das ist eine Lüge ohne gleichen. Wenn ein Unternehmer zu Ihnen kommt und Ihnen das sagt, Herr Minister, dann schmeißen Sie den Kerl die Treppe hinunter. (Stürmische Heiterkeit.) Wir verpflegen seit vielen Jahren Hunderte von Arbeitern ohne einen Tropfen Schnaps. (Bravo!) 100 Millionen Mark könnten die Arbeiter jährlich beim Kanalbau sparen, wenn sie keinen Schnaps tränken. Und ich möchte das Geld zu guten Zwecken, zu hohen Zinsen angelegt wissen. Ich möchte auch, daß nicht allzu viel von dem Gelde ins Ausland fließt, an Polen, Tschechen und Italiener. Es liegen noch hunderttausend Deutsche auf der Landstraße. Weiter wünscht Redner, daß an den Kanälen die Arbeiter angesiedelt würden, damit die greulich groß angewachsenen Industriestädte dezentralisiert würden. Die Rentengutbildung könne durch den Kanalbau eine ungeahnte Fortentwicklung erfahren. Es könnten etwa zwei Millionen Leute angesiedelt werden. Es sollte eigentlich gar keine Fabrikanlage konzessioniert werden, wenn der Fabrikherr nicht nachweist, wo er seine Arbeiter läßt. Wirklich, die meisten Arbeitgeber kümmern sich nicht um ihre Arbeiter. Da liegen die Aktien im kalten Eisenschrank (Heiterkeit), da sind es nicht immer Germanen. (Große Heiterkeit rechts.) Bismarck, sagt Redner weiter, hatte einen großen Fehler gemacht, — ich habe ihm das schon selbst gesagt —, daß er dem Volke das allgemeine Wahlrecht gab, ehe es reif war. (Bewegung links, Beifall rechts.) Im Zeitalter der Maschinen ist das Volk nicht so schnell reif geworden. Und du, liebe Landwirtschaft (Heiterkeit), du mußt auch aufhören zu schreien (stürmische Heiterkeit links, Unruhe rechts), du mußt mithelfen. Ihr müßt auch auf dem Lande an eure Arbeiter denken. Lieber Minister v. Rheinbaben, Ihr Geld können Sie nirgends so gut anlegen, als bei dem kleinen Manne, wenn Sie ihm oder seiner Familie Gelegenheit geben, den Garten zu bestellen und ein kleines Häuschen zu bewohnen. (Minister v. Rheinbaben nickt mit dem Kopfe.) Ein solcher Arbeiter läuft nicht weg; das sind gute Leute. (Sehr richtig! rechts.) Ich möchte also mein Verlangen dahin zusammenfassen: Liebes hohes Haus und liebes Staatsministerium, bei dem Kanalbau schlage dem Alkohol möglichst die Tür vor der Nase zu. (Große Heiterkeit.) Zweitens, das Kanalministerium ersuche ich, durch den Reichskanzler, durch den Bundesrat eine Aenderung der Gewerbeordnung im Reiche dahin herbeizuführen, daß in den Großstädten keine Konzession für eine Fabrikanlage gewährt werde, wenn der Fabrikherr den Arbeitern nicht die Möglichkeit gibt, sich ein kleines Häuschen mit einem Stück Land zu schaffen. Drittens müssen überall ganz kleine Ansiedlungen von Arbeitern gefördert werden. Und nun lassen Sie uns alle recht einmütig den Kanal bewilligen. (Stürmische Heiterkeit.) — Abg. v. Wonna (freikons.): Kanäle neben Eisenbahnen vermindern den Verkehr nicht, sie potenzieren ihn, sie ruinieren auch nicht die Landwirtschaft, sondern fördern sie. Deshalb werden wir für die jetzige Vorlage in ihrem ganzen Umfange eintreten und alles tun, um nach zwanzigjährigem nutzlosem Streite endlich etwas zu stande zu bringen. (Beifall links.) — Abg. Wallbrecht (nat.-lib.): Die ganze Gegnerschaft der Rechten erinnere an die alte Feindschaft gegen die Eisenbahnen; da sollte auch das Stück zwischen Lüneburg und Stade nicht gebaut werden, damit die Fuhrleute etwas zu tun behielten. Die Kanäle seien eine wirtschaftliche Notwendigkeit, darum werde auch der Mittellandkanal wiederkommen. Er hoffe, daß die Kommission seinen Antrag annehmen werde, den Kanal zunächst bis Hildesheim zu führen. (Beifall links.) — Abg. Graf Moltke (freikons.) bedauert, daß zur Zeit Wünsche der Landesteile, insbesondere der Rheinprovinz, unberücksichtigt blieben, ist aber bereit, diese Wünsche zurückzustellen und sich als Realpolitiker mit dem Erreichbaren, der Regierungsvorlage, zu begnügen. — Abg. Oeser (Hosp. d. Freis. Volksp.) wendet sich gegen die Kompensationsforderungen, namentlich solche, die mit der Vorlage nichts zu tun hätten, wie Kündigung der Handelsverträge. Die neuen Handelsverträge würden längst abgelaufen sein, ehe der Kanal fertig sei. (Sehr gut! links.) Wenn übrigens erst das ganze wirtschaftliche Leben schwer gefährdet werden solle, könnten seine Freunde auf den Kanal verzichten. Der Verzicht auf die Verbindung aller deutschen Flüsse von Osten nach Westen in gerader Linie von Ruhrort bis Danzig sei ein schwerer politischer Fehler. Hoffentlich gleiche das abgeschnittene Stück nicht einem Hundeschwanze, sondern einem Eidechsenschwanze, der wieder anwächst. Redner verbreitet sich dann über die Vorteile der Kanäle für Industrie und Landwirtschaft. Er macht der Regierung zum Vorwurf, in der Kanalvorlage keinen festen Standpunkt eingenommen zu haben. Schließlich werde sie es noch als einen Sieg ansehen, wenn einzelne Teile dieser Vorlage bewilligt werden. Seine Freunde aber würden durch Anträge darauf dringen, daß nicht Halt gemacht werde an der Leine, sondern wir weiter gehen bis zur Elbe, damit Preußen ein zusammenhängendes Kanalnetz bekomme. (Beifall links.) — Handelsminister Möller erklärt die Bedenken Engelbrechts wegen der Bodensenkung für nicht stichhaltig. Man habe ein neues Verfahren in den Bergwerken, die Hohlräume auszufüllen. Dieses Verfahren habe sich in Oberschlesien ausgezeichnet bewährt, und es werde sich auch in Westfalen bewähren. Uebrigens sei die Gefahr von Bodensenkungen durch den Kanal überhaupt keine große. Der Vorschlag des Herrn v. Bodelschwingh, Konzessionierungen der Fabriken an die Gewährung von Land an die Arbeiter zu knüpfen, würde gerade die großkapitalistische Entwicklung fördern, denn nur ganz große und reiche Unternehmer könnten solche Bedingungen erfüllen. Schließlich erklärt der Minister noch, das Staatsministerium sei einstimmig von der Wichtigkeit der Vorlage überzeugt und wünsche einmütig deren Zustandekommen. — Abg. Dr. v. Quistorp (kons.) hat erhebliche Bedenken gegen den Großschiffahrtsweg Berlin-Stettin, der Stettin wenig helfen und nur der ausländischen Ausfuhr zu gute kommen werde. — Abg. Zickschwerdt (nat.-lib.) beklagt die schwere Schädigung der Provinz Sachsen durch Nichtausbau der Strecke Hannover—Magdeburg. — Abg. v. Staudy (kons.) tritt für die weitere Warthe-Regulierung ein, worauf die Weiterberatung auf morgen vertagt wird.

Berlin. (Priv.-Tel.) Der Bundesrat stimmte in seiner heutigen Sitzung den Beschlüssen des Reichstages zu: den Gesetzentwürfen, betreffend Abänderung der Seemannsordnung und des Handelsgesetzbuchs, und erteilte dem Ausschußantrage zur Vorlage vom 15. Dezember 1903, betreffend den Entwurf einer Prüfungsordnung für Apotheker, dem Ausschußberichte über die Vorlagen vom 4. März und 14. April d. J., betreffend die Vereinfachung der Fleischbeschau-Tagebuchführung in den öffentlichen Schlachthöfen, sowie dem Ausschußberichte über den Gesetzentwurf, betreffend Aenderung der Zivilprozeßordnung, seine Zustimmung.

Berlin. (Priv.-Tel.) Der preußische Kultusminister wendet sich in einem Erlasse gegen die Vertretung von Aerzten durch Kandidaten der Medizin. Ein derartiges Verfahren lasse nicht nur die gebotene Rücksichtnahme auf die Kranken vermissen, sondern schädige auch die Stellung und das Ansehen des Aerztestandes. Außerdem bringe eine solche Vertretung die Vertreter selber in eine üble Lage, weil sie, gleich den Kurpfuschern, sich beim Kreisarzte melden müßten. Es sei zu erwägen, ob nicht im gegebenen Falle eine ehrengerichtliche Verfolgung anzustrengen sei.

Berlin. (Priv.-Tel.) Aus St. Louis wird gemeldet: Die Weltausstellung ist soeben mit knapper Not einem Generalstreik entgangen. Die Leiter der Ausstellung „Tiroler Alpen" verweigerten die Entlassung aller deutschen Betriebsingenieure, mußten jedoch schließlich darein willigen, weil die Unionarbeiter die schriftliche Zusage des Ausstellungspräsidenten, Francis, besitzen, wonach keine der Union nicht angehörigen Leute im Maschinenbetrieb verwendet werden dürfen. Die Unionsarbeiter erzwangen vielfach übertriebene Lohnsätze. Sie handelten dabei durchaus solidarisch und ihre ultima ratio ist stets die Drohung mit dem Generalstreik.

Berlin. (Priv.-Tel.) Herzog Johann Albrecht von Mecklenburg hat das Protektorat des Vereins ehemaliger Kameraden der deutsch-ostafrikanischen Schutztruppe übernommen. — Postdirektor Rothmaler in Plauen i. V. erhielt den preußischen Kronenorden dritter, die Telegraphensekretäre Adolf Schulze in Reichenbach i. V. und Reppert in Chemnitz denselben Orden vierter Klasse.

Leipzig. (Priv.-Tel.) Die von der hiesigen Ortskrankenkasse am 13. April beschlossene Aufhebung der Familienunterstützung der Kassenmitglieder hat die behördliche Genehmigung gefunden. Die damit verbundene Statutenänderung tritt sofort in Kraft. — Hier soll ein Privatmeßkaufhaus auf genossenschaftlicher Grundlage errichtet werden. Die Kosten sind auf 500 000 Mark veranschlagt. — Die hiesigen Stadtverordneten bewilligten für bauliche Veränderungen an beiden städtischen Theatern insgesamt 340 000 Mark. — Die streikenden Zementarbeiter unterhandeln gegenwärtig wegen Beilegung des Ausstandes durch einen Vergleich. Eine Einigung ist zu erwarten.

Karlsruhe. (Priv.-Tel.) Gelegentlich seiner Anwesenheit in Donau-Eschingen wird der Kaiser auch das Bad Boll bei Bondorf im Schwarzwald besuchen. Am Sonntag, den 8. Mai, wird dem Kaiser in Donau-Eschingen eine Huldigung dargebracht werden durch junge Leute in den alten Trachten der Baar des Schwarzwaldes und des Kinzigtales. — Die seit einiger Zeit mit einer badischen Schnellzugslokomotive auf der Strecke Offenburg—Freiburg vorgenommenen Schnellzugsfahrten, die am 3. Mai ihren Abschluß fanden, haben ein sehr befriedigendes Ergebnis gehabt. Der Versuchszug, bestehend aus Lokomotive, Tender, drei vierachsigen D-Wagen und Salonwagen im Gesamtgewicht von 253 000 Kilogramm, erzielte eine Geschwindigkeit von 136 resp. 140 Kilometer pro Stunde, bei früheren Fahrten, wo ein starker Gegenwind wehte, sogar 144 Kilometer. An den Versuchsfahrten nahmen außer dem badischen Generaldirektor auch Vertreter der preußischen, bayrischen, sächsischen und württembergischen Staatsbahnen teil.

Oberhausen. (Priv.-Tel.) Der in den letzten Tagen gegründete Lokalverband gegen Stillegung von Zechen beruft für nächsten Sonntag wiederum mehrere Versammlungen ein, in denen auch die Frage erwogen wird, ob durch Massenbeschluß nicht der Regierung nahegelegt werden soll, durch Erhebung einer Bergwerkssteuer der Stillegung weiterer Zechen einen Riegel vorzuschieben, da eine Verstaatlichung in vielen Fällen nicht mehr eintreten könnte, weil die Zechen bereits den Betrieb eingestellt haben.

Hamburg. (Priv.-Tel.) Der Stapellauf des neuen großen Panzerkreuzers „Ersatz Deutschland" auf der Werft von Blohm u. Voß wird am 14. d. M. erfolgen.

Breslau. (Priv.-Tel.) Das Ministerium bewilligte dem Bezirksverbande freiwilliger Feuerwehren des Regierungsbezirks Breslau 2000 Mark zur Förderung der beim vorjährigen Hochwasser glänzend bewährten Wasserwehren der Kreise Neurode, Glatz und Habelschwert.

Wien. Heute begann in Gegenwart von Vertretern der Regierung der Kongreß der deutschen Gewerbevereine Oesterreichs. Die reichsdeutschen Gewerbevereine waren vertreten durch den Vorstand des Verbandes der deutschen Gewerbevereine, Regierungsrat Nodek aus Darmstadt; aus dem Deutschen Reiche waren ferner anwesend der Ministerialrat Rauck aus München und der Gewerbeoberinspektor Pöllath aus München.

Paris. Präsident Loubet erstattete im Ministerrate Bericht über seine Reise nach Italien. Die Reise sei unter den glücklichsten Umständen verlaufen unter den Sympathiebeweisen des Königs, der Regierung und des Volkes von Italien. Dann machte Ministerpräsident Combes dem Ministerrate Mitteilung von dem Ausstand der Offiziere der Handelsmarine in Marseille und von den Maßnahmen, die für den Dienst mit Korsika, Algerien und Tunis ergriffen worden sind. Der Minister des Aeußeren Delcassé gab bekannt, daß die an der Reorganisation der Gendarmerie in Makedonien beteiligten französischen Offiziere ihre Obliegenheiten übernommen haben.

Paris. (Priv.-Tel.) Der Gesundheitszustand Waldeck-Rousseaus hat sich plötzlich sehr verschlimmert. Gestern fand eine Konsultation der hervorragendsten Pariser Aerzte statt. Man ist der Ansicht, daß ein neuer operativer Eingriff heute erfolgen werde. — Eine hiesige Agentur veröffentlicht ein angebliches Dementi der Gräfin Lonyay betreffend den seinerzeit gemeldeten Juwelendiebstahl durch einen früheren Sekretär. Die Gräfin befindet sich gegenwärtig in Parma.

Nizza. (Priv.-Tel.) In der militärischen Zone der französischen Befestigungswerke oberhalb Montane wurde ein italienischer Reserveoffizier von französischen Gendarmen verhaftet, der sich im Besitze von Plänen und Dokumenten betreffend die französisch-italienische Grenze befand.

Rom. Die Kammer nimmt ihre Arbeiten wieder auf. Kammerpräsident Biancheri erwähnt den Besuch des Präsidenten Loubet beim König und der Königin von Italien und fügt hinzu: Rom und Neapel hätten dem Präsidenten den Gruß Italiens entboten und die Gefühle der Sympathie und der Freundschaft zum Ausdruck gebracht, die in der Seele des italienischen Volkes für die französische Nation leben. Er zweifle nicht daran, daß die Kammer Freude empfinde über dieses glückliche Ereignis. (Beifall.)

Rom. (Priv.-Tel.) Die parlamentarische Untersuchungskommission gegen den Exminister Nasi hat ihre Arbeiten beendet und wird der heute wieder zusammentretenden Kammer Bericht erstatten und die Auslieferung Nasis an die Gerichte beantragen wegen Betrugs und Unterschlagung.

Kopenhagen. (Priv.-Tel.) Der Internationale Tuberkulose-Kongreß wird am 25. d. M. hier zusammentreten. Von deutschen Gelehrten werden Behring und Leyden, von den französischen Brouardel teilnehmen.

Konstantinopel. Durch das Irade, welches die Anordnung für die Zahlung an die makedonische Gendarmerie trifft, wird der Zehnten der Hammel- und Viehsteuer in den drei makedonischen Vilajets bis zum Betrage von 250 000 Pfund türkisch verpfändet.

Cetinje. (Priv.-Tel.) Die Verhaftung des Gouverneurs von Zetemachia, Jabucanin, eines nahen Verwandten des Fürsten Nikita, erfolgte deshalb, weil derselbe beschuldigt wurde, als Chef der Post- und Telegraphenverwaltung seinerzeit mehr als 20 000 Francs unterschlagen zu haben.

(Nachts eingehende Depeschen befinden sich Seite 4.)

Frankfurt a. M. (Schluß.) Kredit 201.20. Disconto —,—. Dresdner Bank 153.20. Staatsbahn —,—. Lombarden —,—. Laurahütte —,—. Diagon. Gold —,—. Portugiesen —,—. Türkenlose —,—. Still.

Berlin, (3 Uhr nachmittag.) Kredit 201.90. Italiener 102.50. Gotthard 252.25. Neue Portugiesen 19.75. Türken (unific. Anleihe) 82.80. Türkenlose 122.25. Ottomanbank 577.—. Staatsbahn 252.—. Lombarden 36.—. Unregelmäßig.

Paris. Produktenmarkt. Weizen per Mai 21.05, per Sept.-Dezbr. 20.25, matt. Roggen per Mai 12.—, per Sept.-Dezbr. 10.—, ruhig. Rüböl per Mai 49.50, per September-Dezember 46.50, ruhig.

Amsterdam. Produkten-Bericht. Weizen per April —,—, per Mai —,—, Roggen per April —,—, per Mai —,—. Geschäftslos.

Oertliches und Sächsisches.

— Der Oberforstmeister Zschimmer ist von Zschopau nach Dresden und der Oberforstmeister Klette von Dresden nach Zschopau versetzt worden.

— Die Königl. Bezirkskommandos I und II Dresden geben im Inseratenteile bekannt, daß sich für weiteren Bedarf an Unteroffizieren und Mannschaften in Südwest-Afrika Freiwillige sämtlicher Waffengattungen der Reserve melden können.

— Landtagsverhandlungen. Erste Kammer. Ueber die beabsichtigte Uebernahme des städtischen, staatlich unterstützten Realgymnasiums zu Borna in staatliche Unterhaltung erstattet namens der zweiten Deputation Graf v. Brühl-Seffersdorf mündlichen Bericht. Es wird beantragt, in Uebereinstimmung mit der Zweiten Kammer die Uebernahme vom 1. Januar 1908 ab unter der Voraussetzung zu genehmigen, daß die Gemeinde Borna ein Schulgebäude mit Turnhalle und allen Nebenanlagen gebrauchsfertig herstellt, mit dem erforderlichen Inventar ausstattet und es sodann nebst den bei dem städtischen Realgymnasium vorhandenen Lehrmitteln, der Lehrer- und Schulbibliothek und etwaigen Schulstiftungen dem Staatsfiskus unentgeltlich zum Eigentum bis zum 1. Januar 1908 überläßt. Die Petition der Stadt Borna beantragt die Deputation auf sich beruhen zu lassen. Kammerherr v. Frege-Weltzien-Zabeltitz spricht der Regierung den Dank weiterer Interessenkreise für die Lösung dieser Frage aus, womit sie aufs neue ihr hohes Interesse für kulturelle Fortschritte bewiesen habe. Kammerherr Graf Rex-Zedlitz erklärt als Grund der Uebergabe des bisher städtischen Realgymnasiums in Staatshände den wirtschaftlichen Rückgang der Stadt Borna und verwendet sich lebhaft für die Vorlage. Diese wird hierauf ohne Debatte und einstimmig angenommen. Eine Petition des Deutsch-Freisinnigen Vereins zu Dresden um Aufhebung des § 75 Abs. 2 der Verfassungsurkunde und Ersetzung durch die Bestimmung, „daß öffentlichen Beamten, welche zu Abgeordneten gewählt sind, der Urlaub nicht versagt, ihnen auch eine Uebertragung der Kosten ihrer Stellvertretung nicht angesonnen werden dürfe", sowie um Aufhebung des § 47 Abs. 2 der Revidierten Städteordnung, „daß öffentliche und Hofbeamte, Geistliche, Lehrer und aktive Militärs zur Annahme ihrer Wahl der Genehmigung ihrer Vorgesetzten bedürfen", läßt die Kammer in ihrem ganzen Umfange auf sich beruhen; desgleichen eine Petition des Allgemeinen Mietbewohnervereins zu Dresden um Ergänzung des Gesetzes über die Verwaltungsrechtspflege nach der Richtung, daß die Anfechtungsklage den Beteiligten zusteht gegen die Entscheidungen der vorgesetzten Behörden. Weiter bleiben auf sich beruhen die Petitionen Karl Albin Lämmels in Cranzahl um Gewährung einer Unterstützung, des Gemeindevorstandes Ziesch und des Gutspächters M. Tschemmera in Strohschütz, Jagdpachtung, und des Dentisten Felix Hoffmann in Großenhain und Genossen, die Jagd im Großenhainer Stadtwald betreffend. Ebenso die Petition des Fleischermeisters Paul Wolff in Mylau um Gewährung der gesetzlichen Entschädigung für eine wegen Tuberkulose beanstandete geschlachtete Kuh. Dagegen überweist die Kammer die Petition des Gewerbe- und Gemeinnützigen Vereins zu Copitz um Errichtung einer Apotheke daselbst der Königl. Staatsregierung zur Kenntnisnahme. — Nächste Sitzung heute mittag 12 Uhr.

Die Zweite Kammer nahm in ihrer gestrigen sehr umfänglichen Sitzung zunächst Kapitel 104 des ordentlichen Etats, betreffend das finanzielle Verhältnis Sachsens zum Reiche, in Schlußberatung. Berichterstatter Abg. Däbritz-Nischwitz (kons.): Die Hoffnung, daß durch die sogen. lex Stengel eine Aenderung der geradezu unhaltbaren Zustände eintreten werde, habe sich nicht erfüllt. Es bleibe den Ständen nichts anderes übrig, als dem Kapitel zuzustimmen. Abg. Gräfe-Annaberg (lib.) bittet die Regierung, den Wünschen der Veteranen sympatisch gegenüber zu stehen, selbst wenn von den Einzelstaaten kleine Opfer gefordert würden. Der Präsident bezeichnet das vom Vorredner Vorgebrachte als in nur sehr losem Zusammenhange mit dem Beratungsgegenstand stehend. Die Kammer beschließt einstimmig, die Einnahmen und Ausgaben mit je 42 286 300 Mk. zu genehmigen bezw. zu bewilligen. — Es folgt Schlußberatung über Titel 9 des außerordentlichen Etats, Neubau des Ständehauses einschließlich der Nebenanlage, sowie Antrag wegen Einsetzung einer Zwischendeputation für den Ständehausneubau betreffend. Berichterstatter Abg. Hähnel-Kuppritz (kons.) gibt den Inhalt der Protokolle wieder über die beiden Sitzungen, die die Zwischendeputation am 18. Juli 1902 und am 11. Februar 1903 abgehalten hat. Daraus ist zu entnehmen, daß die Beseitigung des Gerüstes an dem Neubau schon Ende dieses Jahres und die Fertigstellung der inneren Arbeiten bis Ende 1905, also noch vor Beginn der nächsten Landtagssession, zu erwarten ist. Die Kammer beschließt einstimmig und ohne Debatte, für den Neubau des Ständehauses einschließlich der Nebenanlagen die letzte Rate mit 1 331 000 Mk. zu bewilligen und eine Zwischendeputation zu wählen, die über wichtige Fragen des Neubaues, insbesondere über die Ausgestaltung des äußeren und inneren Ausbaues, entscheiden soll. — Zu Kapitel 7 und 45 des ordentlichen Etats, betreffend „Leipziger Zeitung" und „Dresdner Journal", bemerkt Berichterstatter Abg. Facius-Lugau (kons.): Der Geschäftsgang der „Leipziger Zeitung" habe sich wieder gebessert, so daß man künftig Ueberschüsse zu erwarten habe. Die Finanzdeputation wünsche, daß sowohl die wissenschaftliche als die Landtagsbeilage beibehalten würden; die letztere aber möchte etwas vollständiger sein und vor allem auch die Zwischenrufe und dergleichen enthalten, die dem Bilde von den Landtagsverhandlungen erst das rechte Kolorit gäben. Abg. Günther-Plauen (freis.) meint, eine Rentabilität der beiden Blätter könne nur durch ihre Verschmelzung erreicht werden. Die Einnahmen der beiden Blätter rührten doch wohl in der Hauptsache nur aus den amtlichen Inseraten her, es seien also eigentlich gar keine Einnahmen. Ueber den Wert der Zwischenrufe sei er anderer Ansicht wie der Berichterstatter, diese könnten bestellte Arbeit sein. Er werde gegen die Bewilligung der Kapitel stimmen. Berichterstatter Abg. Facius: Die Deputation stehe einer etwa vorzunehmenden Verschmelzung der beiden Blätter durchaus nicht ablehnend gegenüber, sie glaube aber, erst einmal die wirtschaftliche Depression vorübergehen lassen zu müssen, um zu sehen, ob die Blätter nicht doch rentierten. Die amtlichen Berichte würden an beiden Blättern honoriert. Hätten wir aber keine Regierungsblätter, so müßten die Inserate in den anderen Blättern auch honoriert werden. (Abg. Günther ruft: Aber nur einmal!) Es gebe auch Leute, die in die amtlichen Stenogramme „Beifall" oder anderes, wie und wo es ihnen passe, einfügen ließen. (Heiterkeit.) Die Kammer genehmigt hierauf bei Kapitel 7, „Leipziger Zeitung", die Einnahmen mit 238 650 Mk. und bewilligt die Ausgaben mit 246 600 Mk., bei Kapitel 45, „Dresdner Journal", die Einnahmen mit 101 000 Mk., die Ausgaben mit 154 438 Mk gegen die Stimme des Abg. Günther. — Bei Kapitel 71 und 72 des ordentlichen Etats, Verwaltung des gemeinschaftlichen Ministerialgebäudes in Dresden-Neustadt, und allgemeine Ausgaben beim Departement des Innern betreffend, bewilligt die Kammer einstimmig und ohne Debatte die Ausgaben mit 30 201 bezw. 15 000 Mk. — Es folgt die Schlußberatung über Dekret 29, Neuordnung des Gemeindesteuerwesens betreffend, und über die aus Anlaß dieses Dekrets eingegangenen Petitionen. Berichterstatter Sekretär Rüder-Roßwein (kons.) weist auf den gedruckt vorliegenden umfänglichen Bericht hin, sowie auf die Unterschiede zwischen den Regierungsvorschlägen und denen der Deputation und empfiehlt schließlich Annahme der Deputationsanträge. Mitberichterstatter Abg. Langhammer-Chemnitz: Das Hauptgewicht bei der Neubearbeitung eines Gesetzentwurfs werde auf demjenigen Leitsatz der Deputation zu legen sein, der bestimme, daß das Gesamtaufkommen der Gemeindeeinkommensteuer in der Regel einen im Gesetz noch festzulegenden Prozentsatz des Aufkommens der Staatseinkommensteuer nicht übersteigen soll. Natürlich müsse zwischen den Steuern das richtige Verhältnis hergestellt werden. Die Aussichten für das Zustandekommen eines solchen Gesetzes seien günstige. Redner läßt eine bedingte Einschränkung der Gemeindeautonomie gelten, im übrigen aber müßten die Gemeinden die Steuerquellen so benützen dürfen, wie es für sie am besten sei.